

IM BLICKPUNKT

Letzter Auftritt
von Edmund Stoiber

Großschönbrunn. (sta) Hoher Besuch hat sich für heute in Großschönbrunn angesagt. Ministerpräsident Edmund Stoiber gibt sich anlässlich der Feierlichkeiten zum 125-jährigen Bestehen der örtlichen Freiwilligen Feuerwehr die Ehre. Es dürfte dies wohl der letzte Auftritt des scheidenden Ministerpräsidenten im Landkreis sein, der am 9. Oktober von Innenminister Beckstein abgelöst werden soll.

Im Pfarrstodl bereitet dazu der CSU-Ortsverband um 19 Uhr einen großen Empfang. Nach einem kurzen Standkonzert und die Begrüßung durch den Kirchenchor, obliegt es Ortsvorsitzenden Franz Luber, den hohen Gast willkommen zu heißen. Ein Eintrag in das Goldene Buch der Marktgemeinde Freihung darf natürlich nicht fehlen, bevor der Ministerpräsident die Ehrung von verdienten CSU-Mitgliedern vornimmt.

Danach geleitet die Blasmusik den Tross in das Festzelt, wo Stoiber eine Kundgebung halten wird.

POLIZEIBERICHT

Bremsmanöver
in den Gräben

Freudenberg. Nach einem Überholvorgang kam es am Freitag gegen 8.40 Uhr auf der Staatsstraße 2040 von Amberg in Richtung Etsdorf auf Höhe der Ortschaft Altenricht zu einem Verkehrsunfall, bei dem ein Auto im Graben landete und die Fahrerin leicht verletzt wurde.

Nach Polizeiangaben wurde das Auto einer 36-jährigen in einer leichten Linkskurve von einem überholt, der vor einer jungen Frau gesteuert wurde. Vermutlich wegen Gegenverkehr scherte dieser Wagen zu dicht vor der Golf-Fahrerin ein, wodurch diese stark abbremsen musste. Ihr Wagen geriet ins Schleudern, kam von der Fahrbahn ab und blieb im Graben stehen. Die 36-Jährige wurde dadurch leicht verletzt. Der Schaden an ihrem Auto wird auf rund 8000 Euro geschätzt.

Die Besetzung einer Streife der Nabburger Polizei konnte wenig später die flüchtige BMW-Fahrerin stellen. Die 21-Jährige wurde angezeigt.

Eingeklemmt und schwer verletzt

Schweizer Ehepaar muss aus Auto herausgeschnitten werden – 20-Jähriger Unfallverursacher

Hahnbach. (ll) Der erste Blick auf die Fahrzeuge ließ nichts Gutes ahnen: Sie waren noch unbrauchbare Blechhaufen. Und doch kamen alle drei Beteiligten des Unfalls, der sich am Samstag kurz vor 23 Uhr auf der Staatsstraße 2120 zwischen Vilseck und Hahnbach ereignete, mit dem Leben davon. Ein 72-jähriger Schweizer wurde allerdings so schwer verletzt, dass ihn der Rettungshubschrauber in eine Regensburger Klinik flog.

Auslöser des Unfalls war ein 20-jähriger US-Soldat, der mit seinem Chrysler aus Vilseck kam und kurz vor der Einmündung nach Frohnhof auf die linke Fahrbahnseite geriet – nach eigener Aussage, weil er einem Tier auswich. Dabei kollidierte er frontal mit dem entgegenkommenden Saab eines Ehepaares aus der Schweiz. Die



Kollision schleuderte beide Autos in die Straßengräben ihrer Fahrtrichtung. Der 72-jährige Wagenlenker

aus der Schweiz und seine 60-jährige Beifahrerin wurden eingeklemmt und mussten von der Feuerwehr mit Rettungsspreizer und -schere aus dem Pkw befreit werden.

Obwohl zunächst alle drei Betroffenen ansprechbar waren, erwiesen sich die Verletzungen des 72-jährigen bald als lebensbedrohlich. Der Rettungshubschrauber „Christoph Nürnberg“ wurde alarmiert und brachte ihn in die Uni-Klinik Regensburg, allerdings erst rund zwei Stunden nach dem Unfall. Solange brauchten Notärzte – insgesamt fünf waren vor Ort – und Rettungsdienste, um seinen Zustand zu stabilisieren.

Die Schweizerin und der US-Amerikaner wurden ebenfalls schwer ver-

Der 72-jährige Schweizer, bei dem Verdacht auf eine Wirbelverletzung bestand, und seine 60-jährige Ehefrau, wurden nach einer ersten Versorgung durch den Notarzt von Rettungskräften der Feuerwehr mit Spreizer und Schere aus ihrem Auto befreit. Bilder: gf (2)

letzt und ins Krankenhaus nach Sulzbach-Rosenberg bzw. in das Klinikum St. Marien Amberg eingeliefert. Der 20-Jährige musste eine Blutentnahme über sich ergehen lassen – die Militärpolizei hatte aus seinem Wagen mehrere leere Bierflaschen zutage befördert.

An beiden Autos entstand Totalschaden in Höhe von jeweils etwa 20 000 Euro. Die Straße blieb bis 2 Uhr gesperrt. Die Feuerwehren aus Hahnbach, Vilseck, Schlicht, Süß und Adlholz die unter der Leitung von Kreisbrandrat Franz Iberer mit mehr als 50 Mann im Einsatz waren, beseitigten ausgelaufenes Öl und sorgten für die Ausleuchtung der Unfallstelle sowie die Verkehrsabsicherung.



Der Wagen des US-Amerikaners landete ebenfalls mit Totalschaden im Straßengraben, der Fahrer schwer verletzt im Krankenhaus.

Sanierer kommen

Gemeinde Freudenberg beseitigt Straßenschäden

Freudenberg. (gef) Der Gemeinderat Freudenberg wird verstärkt in die Sanierung von Orts- und Gemeindeverbindungsstraßen einsteigen und hat das Ingenieurbüro Dietrich und Rubenbauer aus Amberg beauftragt, die Sanierungsarbeiten auszuschreiben.

Zuvor hatte die Verwaltung den Umfang der Schäden und den Aufwand für ihre Sanierung festgestellt. Ausgeschrieben wurden das Auswechseln von Bordsteinen aus Betonformsteinen, das Anheben und Absenken von Schächten, Straßeneinläufen, Schieber- und Hydrantenklappen, das Entfernen von Absenkungen in der Fahrbahn und in Gehwegen und das Erneuern von Asphaltdeckschichten. Für diese Arbeiten müssen 113 000 Euro, verteilt

auf die Jahre 2007 und 2008, bereitgestellt werden. „Ob diese Summe ausreichend sein wird, um alle Schäden zu beseitigen, bezweifle ich sehr“, äußerte Bürgermeister Norbert Probst. Er geht davon aus, dass auch nach 2008 weitere Mittel bereitgestellt werden müssen, um ältere Straßen auf Vordermann zu bringen.

Inzwischen wurde mit den Arbeiten begonnen. In diesem Jahr werden Straßensanierungen und Ausbesserungen in Ellersdorf, Bühl, Rannahof, in Wutschdorf Johannesbergstraße, in Freudenberg im Siedlungsbereich und in Aschach im Bereich der Josef-Geiger-Straße vorgenommen. Im zweiten Abschnitt gehen die Straßensanierer nächstes Jahr nach Etsdorf, Lintach und Witzlricht.



Die Teerarbeiten in der Johannesbergstraße in Wutschdorf haben bereits begonnen. Bild: gef

ZITATE

„Ich bin schon verwundert. Überall wird von Familienpolitik geredet, wenn es aber um konkrete Projekte geht, heißt es, wir sind nicht zuständig.“

SPD-Kreisrat Werner Cermak über die Ablehnung des SPD-Antrages zur Kostenübernahme für Nachmittagsbetreuung.

„Wir müssen uns nicht gegenseitig übertreffen, wer mehr oder weniger für die Kinder tut. Ich denke, wir sollten den Weg über die Petition gehen und haben dann etwas Luft für den Haushalt 2008.“

FW-Kreisrat Rudolf Weber.

„Es ist schon klar, dass hier von den Schulen unheimlich Druck auf uns zukommt. Aber: Jetzt müssen die Landkreise Einigkeit beweisen und Druck auf den Freistaat ausüben. Wenn wir hier Zugeständnisse machen, weichen wir die Streikfront auf.“

Heinrich Kapperer (CSU)

„Wir wollen alle eine optimale Kinderbetreuung. Mit dem SPD-Antrag

tun wir uns als Systembruch aber keinen Gefallen, für ein Jahr einen Zuschuss für eine unbefristet laufende Maßnahme zu gewähren. Ich fühle mich nicht wohl dabei, wenn wir staatliche Aufgaben an uns ziehen.“

Dr. Harald Schwartz (CSU)

„Die Petition ist der richtige Weg, vor allem, wenn auch andere Landkreise was machen und Druck ausüben.“

Reinhold Strobl (SPD)

„Mich stört das Wort ‚Petition‘. Das heißt Bittschrift. Wenn wir uns schon an den Landtag wenden, dann mit einer klaren Forderung.“

Albert Vetter (SPD)

„Es muss dabei bleiben, dass die Finanzierung der pädagogischen Aufgaben beim Land bleibt. Den Sachaufwand haben wir als Landkreis ja sowieso am Hals. Die Bezahlung der Ganztagsbetreuung in den Schulen kann doch nicht Aufgabe der Landkreise und Kommunen sein.“

Landrat Armin Nentwig

Fast schon verzweifelter Vorstoß

Kosten für offene Ganztagschulen: Landkreis Amberg-Sulzbach verfasst Petition

Amberg-Sulzbach. (sta) Nach längerer Diskussion hat der Kreistag am Montag eine Resolution auf den Weg gebracht, mit der dem Freistaat deutlich gemacht werden soll, dass der Landkreis nicht gewillt ist, jene Kosten für offene Ganztags-Schulangebote zu übernehmen, die eigentlich von München gezahlt werden müssten (wir berichteten gestern). Landrat Armin Nentwig will dazu in einem Schreiben auch die anderen bayerischen Landkreise für dieses Thema sensibilisieren.

Sachaufwandsträger gefragt

In zahlreichen Wortbeiträgen war bei der Diskussion das Dilemma deutlich geworden. Immer mehr Schulen wollen Ganztagsangebote für ihre Kinder, doch ohne Mitfinanzierung der Sachaufwandsträger – oder wenigstens einer Absichtserklärung –, wie es auch in einem Antrag der Walter-Höllerer-Realschule Sulzbach-Rosenberg an den Landkreis deutlich wird, scheinen viele Projekte zum Scheitern verurteilt.

Auch am Amberger Gregor-Mendel-Gymnasium, wo 13 der derzeit 18 betreuten Kinder aus dem Landkreis kommen, kann das Angebot nur aufrecht erhalten werden, weil der „Förderverein Nachmittagsbetreuung“ ausschließlich auf Beiträge der Eltern und Spenden des Elternbeirats bauen kann.

Weil diese Finanzierung aber auf Dauer nicht zu gewährleisten ist, hat die Schule an den Landkreis einen Förderantrag über 4098 Euro gestellt. Denn nur, wenn die kommunale Körperschaft ihren Betrag übernommen hat, gewährt auch der Freistaat eine staatliche Förderung.

In der nun verabschiedeten Petition unterstreicht der Landkreis Amberg-Sulzbach, dass nach seiner Auffassung „die schulische Ganztagsbetreuung eine originäre staatliche Aufgabe darstellt und nach dem so genannten Konnexitätsprinzip der für die Aufgabe Verantwortliche, hier also der Freistaat Bayern, auch die notwendigen Finanzmittel umfassend bereitzustellen hat.“

Es könne nicht hingenommen werden, dass München lediglich 40 Prozent der Betreuungskosten übernimmt und damit den überwiegenden Teil auf Eltern und Sachaufwandsträger „abwälzt“, heißt es. Und weiter: „Der Freistaat Bayern muss seiner Verantwortung im Schulbereich gerecht werden und seinen Ankündigungen wie zum Beispiel ‚Zukunft Bayern 2000‘ dahingehend Taten folgen lassen, indem er die Kosten für die offene Ganztagschule übernimmt.“

Ein „unüblicher Weg“

In dem „unüblichen Weg der Petition“ sieht der Kreistag, so ist es in dem Schreiben an das Referat für Eingaben und Beschwerden im Maximilianeum formuliert, einen „fast schon verzweifelter Vorstoß“, der zeigt, „wie schwer das Problem der Finanzierung der Ganztagsbetreuung auf den Schultern der Kommunen lastet.“ Diese stünden ohnehin „an den Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit“.